

Archiv

Postfach 10150, Bonn

11. APRIL



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/85 - 11. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Auf die Praxis kommt es an!</u> "Osservatore Romano" und das Grundsetzprogramm der SPD	73
2	<u>Straubing</u> Neuer Wahlerfolg der SPD	18
3	<u>Die Zeiger rücken vor</u> Französische Innenpolitik am Scheideweg Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	53
4 - 5	<u>Ein begrüßenswerter Vorstoß</u> Die Empfehlungen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen Von Hermann Bortfeldt	71
6 - 7	<u>Die Internationale der Toten</u> Gedenkfeier in Bergen-Belsen	63
8	<u>Unglücklich und mißgütbar</u> Zu einer Bemerkung Manteuffel-Szoeges	49

* * *
* * *

Auf die Praxis kommt es an!

"Osservatore Romano" und das Grundsatzzprogramm der SPD

G.M. - Seit mehr als einem Jahrhundert haben Gelehrte und Laien, Theologen und an keine religiöse Weltanschauung gebundene Menschen darüber diskutiert, ob ein Christ Sozialist sein kann. Der Disput war vielen Wandlungen unterworfen, und auch heute noch streiten die besten Geister darüber, wie der scheinbare Gegensatz zwischen zwei Strömungen unseres Jahrhunderts überwunden werden kann.

Die evangelische Kirche stellt ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Partei frei. Sie verweist die Entscheidung in den menschlich-irdischen Bereich des Einzelnen. Die katholische Kirche will die Entscheidung von der Erfüllung der Forderung abhängig machen, ob eine sozialistische Partei, der ein Katholik beizutreten gedenkt, die Glaubenssätze der katholischen Kirche nicht nur toleriert, sondern auch ausdrücklich anerkennt. Diese Anerkennung muß - so heißt es in jüngster Zeit - durch die Praxis der betreffenden politischen Partei erwiesen werden.

Jeder vernünftige Mensch könnte unter diesen Umständen annehmen, daß die offiziellen Organe der sozialistischen Parteien und der katholischen Kirche ein Interesse daran haben sollten, die geistige Auseinandersetzung miteinander zu vertiefen und den Prozeß der Wandlungen im wechselseitigen Suchen nach der Wahrheit zu fördern. Das wäre anerkanntenswert und normal; es würde vielen Millionen Menschen gerecht werden, die unter dem Widerspruch unserer Zeit leiden und bei Festigung und Aufrechterhaltung ihres Glaubens gleichzeitig den praktischen Weg zur Verwirklichung vieler ihrer guten irdischen Gedanken suchen.

Nun hat sich in diesen Tagen das Organ des Vatikans, "Osservatore Romano", mit dem Godesberger Grundsatzzprogramm der SPD befaßt und hierbei Zweifel an dem ehrlichen Willen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur klaren Standortbestimmung im Verhältnis zur katholischen Kirche angedeutet. Aber erstaunlicherweise werden die Zweifel kaum gegenüber dem Inhalt des Programms selbst geäußert, sondern mit der Person des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner in Verbindung gebracht.

Bei allem Respekt vor der Bedeutung und der Tradition des "Osservatore Romano" müssen wir doch unserem Erstaunen darüber Ausdruck geben, wie seltsam eine solche Methode der Diskussion mit der größten demokratischen Partei Deutschlands anmutet. Hat "Osservatore Romano" so wenig sachliche Argumente gegen das Grundsatzzprogramm der SPD vorzubringen, daß er sich genötigt sieht, einen einzigen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz Wehners während einer dreitägigen Parteitagdebatte herauszugreifen und ihn in das gewiss interessante Thema "Kirche und SPD" hineinzu manipulieren? Der von dem Vatikan-Blatt zitierte Satz Wehners soll angeblich lauten:

"Wir müssen uns über unser Ziel völlig klar sein. Jeder Schritt nach vorn, jeder wirkliche demokratische Fortschritt der Arbeiterbewegung ist viel wichtiger als exakte programmatische Formulierungen".

Tatsächlich hat Wehner auf dem Parteitag in Bad Godesberg aber folgendes gesagt:

11. April 1960

"Jeder Schritt wirklicher Bewegung, demokratische Bewegung, Arbeiterbewegung und Arbeitnehmerbewegung ist wichtiger, als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen. Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Vorschlag, enthält keinen solchen Riegel, es enthält aber eine ganze Anzahl entscheidender und bis heute vielfach vernachlässigter Ansätze dafür, daß wir zu einer solchen Bewegung kommen, damit unsere demokratische Ordnung durch die lebendigen Demokraten umgestaltet wird zu einer Ordnung, die nicht mehr rückläufig zu einer Kasten-, zu einer Cliquen- oder Klassenherrschaft entwickelt werden kann".

Wer sich der Mühe unterzieht, das Protokoll des Godesberger Parteitages zu lesen, wird feststellen können, daß sich dieser Satz eindeutig an die Adresse jener richtete, die an überholten programmatischen Formulierungen festhalten wollten. Im übrigen aber ging es in diesem Teil der Diskussion um Wirtschaftsfragen. Das ist jedoch nicht entscheidend; wichtig bleibt, daß Wehner die Delegierten des Godesberger Parteitages prinzipiell darauf hinweisen wollte, wie sehr es in allen Fragen der Politik auf die Praxis ankommt.

Damit hat Wehner im Grunde genommen jene Forderung erhoben, die auch der "Osservatore Romano" in seiner Stellungnahme zum SPD-Grundsatzprogramm als Voraussetzung für die bessere Gestaltung des Verhältnisses Kirche - SPD nennt: Auf die Praxis kommt es an!

+ + +

Straubing

sp - Zum ersten Mal in der politischen Geschichte Niederbayerns stellt jetzt die Sozialdemokratische Partei einen Oberbürgermeister. In Straubing erhielt der 57-jährige selbständige Kaufmann Hermann Stiefvater mit 9 399 Stimmen die absolute Mehrheit vor seinem Gegenkandidaten Dr. Albert Diller (8 340 Stimmen), den der "Bürgerblock" aufgestellt hatte. Die CSU hatte wohl nicht mehr den Mut, sich mit einem eigenen Kandidaten den Sozialdemokraten zu stellen. Der neue Oberbürgermeister war schon von 1954 bis 1958 zweiter Bürgermeister und gehört seit zwei Jahren dem bayerischen Landtag an. Dieser Erfolg des Sozialdemokraten Stiefvater ist ein erneuter Beweis für die Aufgeschlossenheit der Wähler, die unabhängig von konfessionellen und anderen Erwägungen der sachlich politischen Leistung des versierten Kommunalpolitikers Stiefvater den Vorzug gaben. Auch in Straubing wurde eine seit Jahren von der Sozialdemokratie konsequent durchgeführte Politik der Leistung anerkannt und von Erfolg gekrönt. Es darf nicht vergessen werden, daß gerade in diesem Teil Bayerns gewisse Traditionen oft das politische Bild bestimmten. Das Wahlergebnis von Straubing beweist, daß Regensburg und München nicht Einzelfälle waren.

+ + +

Die Zeiger rücken vor

Vom unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Zeiger der französischen Innenpolitik sind in den letzten Wochen unentwegt weitergerückt; trotz des lauten Lärms der Staatsbesuche. Als Chruschtschow nach Frankreich kam, standen innenpolitische Barometer bereits auf Sturm. Die Bauern rüsteten zu Massenkundgebungen, nachdem ihnen der Weg des parlamentarischen Protestes versperrt worden war. Die Abgeordneten hatten sich in absoluter Mehrheit für die Einberufung einer ausserordentlichen Tagung der Nationalversammlung entschieden, die vom Staatspräsidenten rundweg abgelehnt wurde, wodurch eine Verfassungskrise entstand. Die Rechtsradikalen und die Rechtsbürgerlichen verstärkten ihre Opposition gegen de Gaulles Algerienpolitik, der sie zum Vorwurf machten, auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung hinzuwirken. Die Linksparteien hingegen, einschliesslich der SFIO, der demokratischen Mitte, der christlich-sozialen Volksrepublikaner und bürgerlichen Radikalen, warfen der Regierung den Verzicht auf Waffenstillstandsverhandlungen vor. Hinzu kamen noch der Kultur- und Schulkampf zwischen Klerikalen und Freisinnigen.

In der vierten Republik wäre unter solchen Umständen die jeweilige Regierung schon längst hinweggefegt worden. Das gegenwärtige Regime vermag aber, infolge seiner autoritären Verfassung, am Ruder zu bleiben, wenn auch die Massenbasis dieses Regimes längst zusammengeschmolzen ist und selbst die rechtsbürgerlich-gaullistische Parlamentsfraktion zerbröckelt.

Alle diese Widersprüche konnten durch die rege diplomatische Tätigkeit der letzten Wochen vorübergehend überstrahlt werden, sind aber seither weiter gewachsen. Der Chruschtschowbesuch hat der Kommunistischen Partei nach vielen Jahren zum ersten Mal wieder die Möglichkeit zu propagandistischen Massenkundgebungen gegeben. Die Rechtsbürgerlichen dagegen machen dem gaullistischen Regime den Vorwurf, diese Kraftentfaltung der KP zugelassen zu haben.

Parallel zu diesen politischen Widersprüchen entwickelt sich eine tiefe soziale Krise, vor allem in der Landwirtschaft. Die französischen Bauern, die während des russischen Staatsbesuches aus Disziplin ihre Protestbewegung stoppten, führen jetzt in mehreren Provinzstädten Massenkundgebungen durch - mit Unterstützung fast aller politischen Parteien -, weil sie die Versprechen der Regierung für unzureichend halten. Allein am 7. April demonstrierten 400 000 französische Bauern; eine Viertelmillion laut behördlichen Angaben.

Auch der Konflikt zwischen Regierung und Nationalversammlung hat sich zugespitzt. Die Parlamentarier verschiedenster Richtungen werfen der Staatsführung Verfassungsbruch vor. Die Sozialisten werden zu Beginn der ordentlichen Tagung der Nationalversammlung in der zweiten Aprilhälfte, mit anderen Parteien einen Misstrauensantrag gegen die Regierung einbringen. Innerhalb der demokratischen Parteien, die de Gaulle von Anfang an in der Hoffnung unterstützt haben, er werde den Algerienkrieg beenden, wachsen Enttäuschung und Groll.

Dies sind die Kennzeichen der innenpolitischen Situation, die de Gaulle nach dem Chruschtschowbesuch in Paris und nach seinem Staatsbesuch in London vorfindet, unmittelbar vor seiner Reise nach den USA und einige Wochen vor der Gipfelkonferenz. Es wird jetzt nicht immer möglich sein, die steigenden Wogen der Innenpolitik durch das Schauspiel der Weltpolitik in Schach zu halten. Vor allem der Algerienkrieg tritt jetzt mit der neuen französisch-tunesischen Spannung und mit dem wachsenden Interesse der Grossmächte an dem nordafrikanischen Konflikt zu einem entscheidenden Stadium.

Ein begrüßenswerter Vorstoß

Von Hermann Bortfeldt

Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen hat der Öffentlichkeit soeben eine neue Folge seiner "Empfehlungen und Gutachten" vorgelegt. Er befaßt sich diesmal mit der Situation und den Aufgaben der deutschen Erwachsenenbildung. Diese Schrift verdient eine nicht geringere Aufmerksamkeit, als sie der "Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens" fand, den der Ausschuß im April vorigen Jahres veröffentlichte.

Die Empfehlungen des Ausschusses sind durchweg zu begrüßen. Wenn es zum Beispiel im sozialdemokratischen Grundsatzprogramm heißt: "Ein modernes Bildungswesen für Erwachsene muß Gelegenheit geben, Wissen, Urteilsvermögen und Fähigkeiten auch nach Beendigung der Schulerziehung zu erwerben und zu vertiefen, die für mitverantwortliches Handeln im demokratischen Staat unentbehrlich sind", so kommt solchen Auffassungen die Forderung des Ausschusses an den Staat, er solle die Erwachsenenbildung als freien, aber unentbehrlichen Teil des öffentlichen Bildungswesens anerkennen und fördern, durchaus entgegen.

Die Ausschussempfehlungen gehen begrüßenswerterweise ins einzelne. Die Gemeinden z.B. werden aufgefordert, ihren Volkshochschulleitern und den Leitern ihrer Volksbüchereien die Freiheit zu garantieren, die sie bei der Aufstellung des Arbeitsplanes und der Auswahl ihrer Mitarbeiter brauchen. Die Kirchen, die politischen Parteien und sozialen Verbände werden aufgefordert, Volkshochschule und Volksbüchereien als Stätten menschlicher Begegnung anzuerkennen und zu unterstützen. "Sie sollen der Erwachsenenbildung ihre Freiheit lassen", heißt es in der die Veröffentlichungen des Ausschusses kennzeichnenden lapidaren und wohlgeformten Sprache.

Es gibt wieder einige Neuerungsvorschläge, die wie die Vorstellungen des "Rahmenplanes" nun aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr verschwinden werden. So wird zum Beispiel gefordert, daß - nach Überwindung des Lehrermangels - regelmäßige Arbeitsstunden in den Kursen der Volkshochschulen und in der Leitung öffentlicher Büchereien auf die geforderte Pflichtstundenzahl der Lehrer angerechnet werden sollen. Auch sollten, so meint der Ausschuß, seine Forderungen zu gegebener Zeit in Gesetzen über das Volkshochschulwesen und das Volksbüchereiwesen festgelegt und gesichert werden. Das ist übrigens in Dänemark,

Schweden, England bereits geschehen und war im Volkshochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen versucht worden.

Fast noch wichtiger als die Empfehlungen ist der Gutachten-Teil der neuen Veröffentlichung. Er bringt nicht nur eine Übersicht über ein weites Feld der kulturpolitischen Arbeit, auf dem noch viel zu bestellen ist, sondern behandelt mit bemerkenswerter Klarheit und Deutlichkeit auch gesellschaftspolitische Probleme. Es handelt sich dabei um Fragen, auf die auch von der sozialdemokratischen Partei im Zusammenhang mit ihrem Plan "Die Zukunft meistern" immer wieder hingewiesen wird. Auch hier ergibt sich im großen und ganzen eine erfreuliche Gleichstimmigkeit.

Wie der "Plan Z", so geht auch das Ausschuß-Gutachten davon aus, daß die moderne technische Welt einen Neubau und Ausbau unseres Bildungswesens notwendig macht und daß die Erwachsenenbildung in diesem Zusammenhang dringlicher wird als sie jemals war. Bildung ist heute das Feld, heißt es im Gutachten, "auf dem die Entscheidungen im Kampf um die Selbstbehauptung des Menschen fallen". Wenn der Mensch nicht das Opfer der modernen Lebens- und Arbeitsverhältnisse werden will, so muß er sich das Verständnis seiner selbst und der Welt, in der er lebt, erschließen. Ob es nun gelingt, in diesem Sinne "gebildete" Menschen zu erziehen, davon hänge die demokratische Lebensform und die menschliche Zukunft ab.

Mit Recht heißt es in dem Gutachten, daß einer der stärksten Impulse, aus denen die moderne Erwachsenenbildung entstand, der "Kampf gegen das Bildungsprivileg der gehobenen Stände und Klassen" gewesen ist. Ganz richtig legt der Ausschuß auch den Finger auf eine der Wunden unseres heutigen Schulwesens, das "in seiner überkommenen Grundstruktur noch immer den Kindern "gebildeter" und besitzender Familien einen Vorsprung gewährt". Es ist sehr zu begrüßen, daß der Ausschuß feststellt, die Frage, ob es möglich sei, in der Gesellschaft der technischen Welt eine freie Ordnung zu erhalten, könne "in der überlieferten Formen der Bildung, die solche Fragen noch nicht kannte, keine Antwort finden."

Die sozialdemokratischen Politiker werden sich in den Parlamenten und Gemeinden und überall dort, wo sie die Möglichkeit dazu haben, dafür einsetzen, daß möglichst viele der Empfehlungen des Ausschusses bald verwirklicht werden.

Die Internationale der Toten

U.B1. - Wolkenschichten zogen über die Heide und vom Frühling war kaum etwas zu spüren, als sich am Sonntag mehr als sechstausend Menschen um den Obelisk von Bergen-Belsen versammelten. Rundum zwischen den kleinen Birken und Kiefern ragten die langgestreckten Hügel der Massengräber empor, nur von dürrer Heidekraut überwuchert. 2000 Tote, 5000 Tote, 4000 Tote - namenlose geschundene Leichname, Deutsche, Polen, Franzosen, Juden. Irgendwo in diesen sorgfältig gestapelten Totenreihen liegt auch Anne Frank...

Fünfzehn Jahre sind es her, seit ein britischer Leutnant und zwei Mann in dieses Lager kamen und ihren Augen nicht trauten. 13 000 unbeerdigte Leichen lagen in Haufen vor den Baracken. 44 000 Elendsgestalten schleppten sich teilnahmslos an ihnen vorbei, auf der Suche nach Wasser, nach Nahrung, nach ärztlicher Hilfe. Tausende von ihnen starben noch nach der Befreiung, nachdem das typhusverseuchte Lager längst von den Engländern abgebrannt worden war.

Fünfzehn Jahre danach - was haben wir mit dieser Zeit gemacht? Das war die Frage, die sich die Sechstausend am Sonntag stellten, ohne eine Antwort darauf zu finden, die ihr Gewissen beruhigt hätte. Für die niedersächsische Landesregierung, die zu dieser Feierstunde eingeladen hatte, sagte Innenminister Barnemann, es gelte den Mut zu ehrlicher Scham zu haben und mit Entschlossenheit das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Menschlichkeit sei nicht eine Sache der Zahl, schon eine einzige Untat zeuge gegen den Täter wie eine Million Morde. Aber das Gedenken an die Opfer des Dritten Reiches dürfe nicht zu einem Akt der Gewöhnung werden, sondern müsse ein Bekenntnis sein, diesen jungen Staat entschlossen gegen seine Feinde zu verteidigen.

Die gleichen Zweifel, ob wir das Opfer der Toten bereits begriffen hätten, sprach Generalsekretär van Dam im Namen des Zentralrates der Juden aus. Die stumme Aussage der Gräber in der Heide könne man nur begreifen, wenn man sich vor Augen führe, daß

dort einzelne Menschen, nicht anonyme unfassbare Zahlen begraben worden seien. An den Einzelnen zu denken, um das Bild der Gesamtheit dieser Internationale der Toten zu behalten, sei notwendig. Von Dem sprach von den zufällig Überlebenden, die wir alle seien und die das Soll der Geschichte noch nicht erfüllt hätten. Es komme nicht auf die eine oder andere betrübliche Erscheinung an, sondern auf die Grundhaltung, die heute bei uns von einer gewaltigen Überschätzung des Materiellen bestimmt sei. Es fehle uns die Müsse zu selbstkritischem Denken, um der Verpflichtung, in Würde zu leben, nachkommen zu können.

Ebenso skeptisch gegenüber dem Bild unserer Gesellschaft zeigte sich Prof. Franz Böhm als Sprecher der Verfolgtenverbände. Er habe seine Zweifel, ob die Verteidigung der inneren und der äußeren Freiheit einfach voneinander getrennt werden könnten. Beides hänge unlösbar zusammen. In Namen des Kampfes gegen den Kommunismus werde das Volk aber heute aufgefordert, das Denken einzustellen und sich in der Gegenwart wie in einem Sanatorium einzurichten, um seine Nerven für die Auseinandersetzung mit den Bolschewisten zu schonen. "Diese Leute, die die Freiheit retten wollen, sehen es nicht gern, wenn wir uns in Bolsch versammeln", sagte Böhm. Es gehe aber um die ständige Offensive auf die Leuten und Schwachen, um jeder Sabotage auf die freiheitlichen Einrichtungen unseres Staates vorzubeugen.

Die Sechstausend hörten schweigend zu. Es gab Tränen an diesem Sonntag in Bergen-Belsen, und sie wogen schwerer als die Flut der Kränze und Schleifen. Die Teilnehmer, hauptsächlich Sozialdemokraten, waren aus allen Teilen Deutschlands gekommen. Einige von ihnen waren die Nacht durchgefahren, um in Bergen-Belsen dabei sein zu können. Sie standen erschüttert vor dem Obelisk, vor der Mauer der Nation, vor den Gräberhügeln. Und es war für sie nur ein schwacher Trost, dass noch so viele Menschen hier auf der Erde für das bessere Deutschland demonstriert hatten.

Unglücklich und mißdeutbar

ler - Mit betroffenem Schweigen haben die Delegierten der Bundesvertretung der Vertriebenen auf ihrer ersten öffentlichen Tagung am vergangenen Wochenende in Bonn die Aufforderung des CDU-Abgeordneten Manteuffel-Szoega zur Kenntnis genommen, es komme jetzt darauf an, "Macht zu schaffen. Wir müssen möglichst stark sein und unseren Gegnern untequem werden". Diese unglückliche, mißdeutbare und völlig deplacierte Bemerkung fiel im Zusammenhang an ein einleitendes Referat des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedes des Präsidiums des Vertriebenenverbandes, Dr. Reinhold Rehs, über die völkerrechtliche Klärung des Begriffes "Heimatrecht". Rehs legte das Schwergewicht seiner fundierten Darlegungen auf die Feststellung, jeder Weg zur Verwirklichung der Vertriebenenziele könne nur ein Weg des Rechtes und des völkerrechtlichen Ausgleichs sein. Noch gebe es heute keine verbindlichen Grenzen. Die notwendige Korrektur der durch das Potsdamer Abkommen nur provisorisch gezogenen Grenzen im Osten müsse im Geiste des Friedens und des Verhandeln erfolgen, ein anderer Weg schließe sich von selbst aus. Das war eine besonnene und aus der Verantwortung für den Frieden und der Verständigung gehaltene Rede. Nur Manteuffel-Szoega hielt es für notwendig, in diese Tagung einen Mißklang hineinzutragen. Dieser Mann hat leider eine Vorliebe für unglückliche Formulierungen. Sie werden von der Ostpropaganda begierig aufgenommen und müssen zur Diskreditierung des friedlichen Willens der Vertriebenen herhalten. Erinnerung sei nur an seinen Ausspruch von der Atombombe, mit der man das Böse ausrotten solle....

Es war gut, daß der Präsident des Vertriebenenverbandes, der CDU-Abgeordnete Dr. Krüger, sich sofort von Manteuffel-Szoega distanzierte und seine Bemerkung als das charakterisierte, als was sie zu gelten hat: als die unmaßgebliche Meinung eines Einzelgängers.

Immerhin zeigt ein solcher Vorfall in der repräsentativen Vertretung der Vertriebenen, wie notwendig es ist, die Linie der besonnenen Leute zu stärken, wenn die Sache der Vertriebenen nicht schweren Nachteil erleiden soll. Nur durch eine konsequente, über jeden Zweifel erhabene friedliche Politik läßt sich ein Fortschritt in der deutschen Lebensfrage überhaupt erreichen. Alles andere ist Wasser auf die Mühlen Pankows, aber auch für jene mächtigen Kräfte im Westen, die der gegenwärtigen Status quo für alle Zeiten verankern möchten. Das hat die überwiegende Mehrheit der Delegierten zum Glück empfunden.

Auf diese Tagung fiel leider noch ein zweiter Schatten. Was meinten eigentlich Manteuffel-Szoega und der ihm sekundierende Dr. Gille, als sie wieder einmal das törichte Wort von den "Verzichtspolitikern" sprachen, deren Äußerungen man sammeln und der deutschen Öffentlichkeit übergeben müsse? Niemand hat bisher auf das unveräußerliche Recht auf Heimat verzichtet, und alle demokratischen Parteien haben sich dafür ausgesprochen, alle Grenzfragen in einem Friedensvertrag zu regeln. Will man mit solchen Vorwürfen sich selbst das Zeugnis einer besonders einwandfreien nationalen Haltung ausstellen, an der es andere fehlen lassen? Hier wäre etwas mehr Zurückhaltung und Besonnenheit angebracht, allein aus dem Grunde, um nicht neue Klüfte in unserem geteilten Volke aufreißen zu lassen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel